

Delegiertenversammlung im Juni

„Noch 'nen Tacken härter“

Von Dorthe Kieckbusch

Einstimmig wurde der Jahresabschluss 2006 der Ärztekammer Hamburg festgestellt und der Vorstand entlastet. Der Rechnungsprüfungsausschuss lobte die erfolgreiche Haushaltsführung, die durch zwei Sparhaushalte in Folge und enorme Arbeitsverdichtung bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kammer aufgefangen wurde.

Der kaufmännische Geschäftsführer Donald Horn konnte auf ein gutes Jahr zurückblicken. Der Jahresabschluss für 2006, führte er aus, ende mit einem positiven Ergebnis. Neben sparsamer Haushaltsführung seien bei konstantem Beitragssatz höhere Erträge bei Mitgliedsbeiträgen und Gebühren ein Grund dafür. „Dieses Ergebnis konnte aber letztlich nur erreicht werden, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kammer große Flexibilität gezeigt haben und bereit waren, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen“, sagte Horn. Der ehemalige Vize-Präsident der Ärztekammer Dr. Klaus-Otto Allmeling dankte den Kammermitarbeitern: „Uns war klar, dass wir diesen Haushalt auf dem Rücken der Mitarbeiter gemacht haben.“ Und Dr. Arnim Horn, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, verkündete: „Der Hebesatz bleibt konstant.“ Einstimmig wurde der Jahresabschluss festgestellt und der Vorstand entlastet.

Kein Lauschangriff

Besorgt nahmen die Delegierten der Ärztekammer zur Kenntnis, dass erneut ein Lauschangriff auf die Ärzte droht und damit das schützenswerte Arzt-Patienten-Verhältnis in seinen Grundfesten erschüttert werden könnte. Vor wenigen Jahren war es in Hamburg der Vorstoß für das Polizeigesetz, in dessen Entwurf die Berufsheimlichkeitsregeln nicht mehr vor dem Abhören geschützt waren. Nun droht von Bundeseite durch den Entwurf des Telekommunikationsgesetzes ein neuer Lauschangriff auf Ärzte. „Das Arzt-Patienten-Verhältnis wird ausgehöhlt“, kritisierte Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg, und machte deutlich, dass man aufpassen müsse, wie das Ge-

setz in der Hansestadt umgesetzt werde. Als besonders perfide bezeichnete Montgomery die unterschiedliche Handhabung je nach Berufsgruppe: „Gemäß Entwurf darf ein Staatsanwalt oder Abgeordneter nicht abgehört werden, wohl aber ein Arzt.“

Asklepios-Kliniken

Die Privatisierung der LBK-Kliniken sowie deren Übernahme durch Asklepios sorgten nicht zum ersten Mal in der Delegiertenversammlung für Diskussionen. Nachdem der Kammerpräsident in seinem Lagebericht über Umsetzungsprobleme beim Tarifvertrag und Kündigungen von hochqualifizierten Ärzten bei Asklepios gesprochen hatte, veranlasste dies Dr. Michael Späth, dem Präsidenten mangelnde Ausgewogenheit vorzuwerfen. „Wenn die Strukturqualität nicht mehr stimmt, müssen wir uns einmischen“, wies Montgomery die Kritik zurück. Delegierte urteilten recht unterschiedlich über die Situation in den Asklepios-Kliniken. Bessere Kommunikation seit der Privatisierung auf der einen, erkennbare Qualitätsmängel auf der anderen Seite wurden genannt. Aber auch die Frage, wie die Privatisierung der LBK-Kliniken von Seiten der Ärztekammer begleitet werden sollte, erhitze die Gemüter. Während sich manche Delegierte gegen eine Einmischung positionierten, stellten andere klar, dass die Kammer selbstverständlich die Rahmenbedingungen ärztlicher Berufsausübung sowie die Qualität medizinischer Versorgung und etwaige Mängel daran in allen Hamburger Kliniken beurteilen und ggf. kritisieren müsse. Dazu Dr. Dietrich Willemsen an Späth gewandt: „Es geht um die Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit. Und Sie und die KV prangern ja auch Strukturprobleme in der Versorgung an – wie die Kammer dies auch tun muss.“ Dr. Hinrich Sudeck führte aus: „Das Grundproblem besteht in der Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens – und das betrifft alle Häuser. Aber bei Asklepios werden die Daumenschrauben noch stärker angezogen, das ist eben noch 'nen Tacken härter.“

Kontroverse Debatte

Sehr viel kontroverser debattierten die Dele-

gierten die vorgeschlagene Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die Gremien des Versorgungswerkes. Als nicht mehr zeitgemäß – die letzte Erhöhung fand 1994 statt – angesichts der Aufgaben, des Arbeitsaufwands und der Entscheidungsverantwortung für ein Milliardenvermögen sah die Beschlussvorlage eine angemessene Erhöhung der Entschädigungen für den Verwaltungsausschuss und den Aufsichtsausschuss vor. Obwohl die Delegierten betonten, wie wichtig und verantwortungsvoll die ehrenamtliche Arbeit der Gremienmitglieder des Versorgungswerkes sei, lehnten sie die Erhöhung der Aufwandsentschädigung mehrheitlich ab. Sie begründeten ihre Ablehnung auch mit den Nullrunden und den nur moderaten Rentenerhöhungen vergangener Jahre. Die Befürworter hielten dagegen, dass in die Rentenhöhe bereits ein Rechnungszins von vier Prozent (den das Kapital erwirtschaftet) eingerechnet sei. Dies werde offensichtlich immer wieder vergessen. Zukünftig, so ein Vorschlag aus dem Plenum, der Zustimmung fand, sollte die Delegiertenversammlung alle vier Jahre sämtliche Aufwandsentschädigungen auf innere Ausgewogenheit und Angemessenheit überprüfen.

Dr. Torsten Hemker, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes, informierte das Plenum detailliert über alle Funktionen der Mitglieder der Versorgungswerk-Organen und verwehrte sich gegen unterschwellig geäußerte Vorwürfe einer materiellen Verflechtung mit Geschäftspartnern des Versorgungswerkes – ebenso wie Dr. Bruno Schmolke, Vorsitzender des Aufsichtsausschusses. Im Versorgungswerk gelte seit Jahren eine Transparenzrichtlinie, der sich alle Funktionsträger, Angestellte und Dienstleister unterwerfen würden. Sie habe inzwischen bundesweit Vorbildfunktion.

Nach dieser teilweise sehr emotional geführten Diskussion erledigte die Delegiertenversammlung das Restprogramm der Tagesordnung wie einige klarstellende Beschlüsse zur Beitragsordnung und die Wahl von Prüfern und Fachbeisitzern.